

Gebührenchaos in Bundesbern



Gregor A. Rutz*

Die Schweiz erhebt die zweithöchsten Radio- und TV-Gebühren in Europa. Seit Jahren steigen diese Zwangsgebühren an. Anno 1987 hatte ein Haushalt noch 280 Franken für den Empfang von TV- und Radio-Programmen zu entrichten. Heute sind es bereits 462 Franken. Und zwar unabhängig davon, ob man die SRG-Kanäle nutzt oder nicht.

Wofür so viel Geld benötigt wird, ist unklar. Rund 1,15 Milliarden Franken fliessen in die Kassen der SRG. Diese baut ihre Aktivitäten stetig aus und betreibt mittlerweile 8 TV- und 18 Radio-Sender. Kaum ein Politiker traut sich, hierzu ein kritisches Wort anzubringen – schliesslich wird ja alles unter dem Titel «service public» gerechtfertigt. Leidtragende sind die privaten Anbieter: Sie werden immer stärker durch die staatlichen Sender konkurrenziert. Sodann gibt ihnen das Radio- und Fernsehgesetz viel zu wenig unternehmerische Freiheiten.

Seit Jahren gibt die Erhebung der Zwangsgebühren zu Fragen Anlass. Offizielle Inkassostelle des Staates ist die Billag, eine Tochtergesellschaft der Swisscom. Über die genaue Geschäftstätigkeit dieses Staatsunternehmens weiss man wenig: Die Jahresrechnungen werden unter Verschluss gehalten. Dies ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass die Gebührenzahler auch Eigentümer dieser Firma sind.

Im September 2008 hat SVP-Nationalrätin Natalie Rickli einen Vorstoss eingereicht, um vom Bund endlich genauere Informationen zu erhalten. Solche Vorstösse müsste der Bundesrat nach Gesetz innert 3 Monaten beantworten. Trotzdem liess er sich 5 Monate Zeit, um auf die Fragen einzugehen. Die Antwort fiel dürftig aus: Wichtige Fragen zur Geschäftstätigkeit und Funktion der Billag bleiben offen. Immerhin informierte der Bundesrat darüber, dass die Billag im Jahr 2008 3 Millionen Franken Gewinn machte. Wofür dieses Geld verwendet wird, bleibt offen. Um der SRG weitere Geldmittel zu erschliessen, soll nun der Kreis der Gebührenpflichtigen ausgeweitet werden. Bundesbern hat bestimmt, dass auch Mobiltelefone und Computer, auf welchen TV-Programme empfangen werden können, künftig gebührenpflichtig sind. Wollen wir uns das wirklich bieten lassen?

* Gregor A. Rutz ist Kommunikationsberater und ehemaliger Generalsekretär der SVP.